

## **Grußwort zur Feierstunde anlässlich des Tags der deutschen Einheit im Sächsischen Landtag - Sonntag, 3. Oktober 2021**

Es gilt das gesprochene Wort – Sperrfrist: Beginn der Rede

Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrter Herr Premierminister Ayrault, sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete, sehr geehrte Gäste,

vor 32 Jahren ist der totalitäre Machtblock östlich des Eisernen Vorhangs in sich zusammengefallen. Schnell und unwiderruflich. Die Menschen wollten Freiheit von staatlicher Repression, staatlicher Willkür, Freiheit vor dem umfassenden Zugriff von Staat und Partei.

Es waren Gänsehautmomente und für mich – damals 16 Jahre alt - wichtige Momente der eigenen politischen Bewusstseinsbildung. Seit 1988 habe ich über die Junge Gemeinde in Leipzig an Friedensgebeten in der Nicolaikirche und an den Montagsdemonstrationen teilgenommen.

Meinungs-, Presse-, Kunst-, Versammlungsfreiheit oder andere Freiheiten und Abwehrrechte gegen den Staat sind das eine. Sie waren und sind für uns existenzielle Grundlagen. Die Menschen, die 1989 in der Opposition engagiert waren, haben eigentlich grundsätzliche Selbstverständlichkeiten gefordert.

Aber es ging damals auch um Chancen. Die Chance, einfach studieren zu können - und zwar ohne drei Jahre Dienst bei der NVA. Oder die Chance, sich den eigenen Beruf selbst auszusuchen.

Oder es ging um die Chance, saubere Luft in einer sauberen Umwelt atmen zu können. Oder die Chance zu reisen, die Chance, ein Unternehmen führen zu können und ja, auch die Chance auf einen höheren Lebensstandard.

Damals haben die Menschen in der DDR und gerade hier in Sachsen dieses System friedlich überwunden. Das System war ökonomisch und ideell am Ende.

Und in der Sowjetunion bliesen Glasnost und Perestroika sehr frischen Wind in den erstarrten Staat. Das heißt, die Menschen haben auch die historische Chance sehr verantwortungsvoll genutzt. Es war ein Kairos.

Dieser freudige und dankbare Rückblick auf die friedliche Revolution erfüllt auch mich noch heute. Mir ist diese Erfahrung enorm wichtig. Denn sie ist auch Kraft- und Motivationsquelle.

Gleichzeitig weiß ich als politischer Mensch: Die Rückschau allein ist noch keine Politik. Und mir ist klar: Freiheiten müssen immer aktiv geschützt und Chancen müssen auch heute noch erkämpft werden.

Die Erkenntnis lautet für mich: Wir haben Freiheit und Demokratie errungen. Jedoch ist Demokratie kein Zustand. Vielmehr muss sie täglich gelebt und täglich eingefordert werden.

Und wenn Freiheiten eingeschränkt werden, muss dies sehr gut begründet und abgewogen sein. Wir haben erst vor wenigen Tagen hier im Haus über die Corona-Maßnahmen debattiert.

Meine Damen und Herren, wenn wir uns Freiheiten und Chancen heute in der den Begriffen angemessenen Breite anschauen, dann müssen wir meiner Ansicht nach folgende Befunde treffen:

Wir haben gut funktionierende Institutionen und Mechanismen des staatlichen und politischen Systems. Die Demokratie, der Rechtsstaat, unser Lebensumfeld, die Daseinsvorsorge funktionieren.

Darüber bin ich sehr froh. Auch wenn es mich schmerzt, dass wir heute nicht allzu weit blicken müssen, um Anfechtungen gegen die liberale Demokratie oder gar die komplette Missachtung der demokratischen Grundrechte zu sehen.

Blicke ich hingegen auf Chancen – und damit auf weitere Aspekte von Freiheit, sieht mein Befund leider etwas gemischter aus. Warum?

Erstens: Die sozioökonomische Ungleichheit haben wir in den letzten Jahrzehnten nicht spürbar überwunden. Das gilt insgesamt für das Land, das gilt aber immer noch besonders für Ostdeutschland.

Wir alle kennen die Fakten: Die geringeren Einkommen bei gleicher Arbeit, das geringe Eigentum, die über drei Jahrzehnte andauernde geringe Repräsentation Ostdeutscher in Leitungsfunktionen waren immer die Kernthemen Ost-West-Debatte. Hinzu kommt, dass im Osten größere Unternehmen oder Bundeseinrichtungen fehlen.

Das Wissen darum, das Erleben dessen tragen kaum dazu bei, die gesellschaftlichen Gräben zu verfüllen. Auch wenn im Verlauf von 30 Jahren sich immer mehr Biografien nicht mehr mit den Begriffen „West“ oder „Ost“ etikettieren lassen.

Wir haben noch immer eine ungleiche Chancenverteilung zwischen den Geschlechtern. Die Einkommensunterschiede sind dafür der offensichtlichste Indikator. Ein weiterer ist auch hier die geringe Repräsentanz in Leitungsfunktionen.

Gleichzeitig tun wir uns als Gesellschaft schwer damit, diesen für mich schlicht nicht nachvollziehbaren Umstand zu überwinden.

Ebenso schwer tun wir uns damit, die Bildungschancen gerecht zu verteilen. Auch ein Befund, der nicht neu ist.

Genau so wenig neu, wie die Einschätzung, dass beides - also Chancengleichheit der Geschlechter und Chancengleichheit in der Bildung uns als Gesellschaft eigentlich guttun würden.

Und selbst wenn ich diese Aspekte nicht unter dem Gesichtspunkt politischen Gerechtigkeitsstrebens sehen würde, sondern rein durch die Brille wirtschaftlicher Verwertung, müsste ich zu dem Ergebnis kommen, dass die Ungleichheiten im Lande schnellsten zu überwinden seien.

Es ließe sich noch mehr anführen, wie zum Beispiel der Umstand, dass rund ein Viertel der Menschen in Deutschland einen Migrationshintergrund haben und deutlich unterdurchschnittlich repräsentiert sind.

Und es ließe sich anführen, dass die Wahlbeteiligung mehr als früher eine Frage des sozialen Status ist und kulturelle Teilhabe auch.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, all die oben genannten Punkte sind wahrlich keine Rufe nach revolutionärer Gleichmacherei in dem Sinne des Systems, das wir 1989 / '90 überwunden haben – weiß Gott nicht.

Vielmehr ist doch Chancengleichheit eine Frage des grundlegenden Verständnisses von Mindeststandards in unserem Gemeinwesen - auch wenn einige politische Gleichheits- und Gerechtigkeitsvorstellungen mehr oder weniger deutlich darüber hinausgehen.

Im Übrigen gilt meiner Meinung nach, dass manche Menschen auch mehr aktive Unterstützung brauchen, damit sie ihre Chancen erkennen und nutzen können.

Hinzu kommt: Die oben genannten Dimensionen sind die traditionell diskutierten. Mittlerweile jedoch ist klar: Wir sind dabei, künftige Generationen Ihrer Chancen und Freiheiten zu berauben.

Nicht umsonst demonstrieren junge Menschen rund um den Erdball für deutlich mehr Klimaschutz und nicht umsonst hat das Bundesverfassungsgericht vor wenigen Monaten genau diese Form von Freiheitsbeschränkung künftiger Generationen durch den Klimawandel erkannt und daher ambitionierteren Klimaschutz angemahnt.

Im Übrigen bewegen wir uns bei dieser Frage nicht im Bereich politischer Ideen oder Ideologien, meine Damen und Herren. Das möchte ich unterstreichen. Wir bewegen uns auf dem Feld der Physik. Und wir sehen die Folgen bereits heute und auch bei uns in Deutschland, in Sachsen.

Alleine die monetären Folgekosten unseres Handelns werden die politischen, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Optionen künftiger Generationen beschneiden. Und zwar umso mehr, je weniger wir heute gegen die menschengemachte Erderwärmung tun.

Gleichzeitig bin ich überzeugt, dass wir die schlimmen Szenarien noch verhindern können. Wir können den Klimawandel dämpfen und damit auch die Chancen und Freiheiten unserer Kinder und Kindeskinde erhalten.

Und wir können und müssen zugleich die Klimafrage mit den sozialen Fragen verknüpfen - mit einem vielfältigen Instrumentenkasten, mit umfangreichen Investitionen, mit Innovationen und Engagement.

Um Klimaschutz, um insgesamt den Schutz der natürlichen Ressourcen, ökonomischen Fortschritt und den sozialen Ausgleich zu organisieren, brauchen wir einen handlungsfähigen Staat.

Wir brauchen zugleich innovative Unternehmen und – als Grundlage in einer lebendigen Demokratie - eine engagierte und handlungsfähige Zivilgesellschaft.

Warum betone ich dies? Weil ich überzeugt bin, dass wir die vermeintliche Polarität vom Staat einerseits und der Sphäre privaten Unternehmertums oder privaten gesellschaftlichen Engagements andererseits überwinden sollten.

Die alten Schemata und Zuschreibungen, die Bilder angeblicher Widersprüche bringen uns nicht weiter. Im Gegenteil.

Vielmehr brauchen wir meines Erachtens einen kooperativen Ansatz, ein in einander greifendes Miteinander der verschiedenen Sphären. Ähnlich wie bei der Idee der Nachhaltigkeit. Auch dort gilt ja, dass zwischen die Begriffe „Ökologie“, „Ökonomie“ und „Soziales“ nicht das Wörtchen „oder“, sondern das Wörtchen „und“ gehört.

Für mich ist klar: Wer, wenn nicht „der Staat“ soll die Aufgaben bewältigen, die notwendigen regulatorischen Rahmen setzen, die Forschung betreiben oder

unterstützen, den sozialen Ausgleich organisieren oder die umfassend notwendigen Investitionen und Innovationen fördern?

Und wer, wenn nicht starke private Unternehmen, sollen Innovationen entwickeln und in Produktion und Produkten einsetzen, angewandte Forschung und Entwicklung betreiben in einem förderlichen und sozial gesunden Wettbewerb der Ideen?

Und wer, wenn nicht die Zivilgesellschaft, soll die politischen, kulturellen, sozialen Dimensionen der Transformationsprozesse gestalten und kritisch begleiten und Interessen im demokratischen Miteinander vertreten?

Dabei beziehe ich bewusst die politischen Parteien mit ein. Sie sind bei uns zu oft verpönt und daher leider auch schwach. Dabei spielen sie eine tragende Rolle in der politischen Meinungsbildung – und zwar nicht nur deshalb, weil es so im Grundgesetz so steht.

Meine Damen und Herren, ich erlebe hier im Land viel Engagement – ich erlebe das in Unternehmen und Verbänden, in Kommunen, Ministerien und Parteien.

Es haben sich viele Menschen auf den Weg gemacht in Richtung Nachhaltigkeit, es ist vielen Menschen bewusst, welche Aufgaben zu lösen sind und was auf dem Spiel steht.

Immer wieder habe ich dabei den Eindruck, dass Menschen in den Städten und Gemeinden, in den kleineren und größeren Unternehmen in den mannigfaltigen Vereinen und Initiativen der Politik voraus sind.

Sie arbeiten an Energieeffizienz und nachhaltigen Produkten, sie arbeiten im Naturschutz, engagieren sich für regionale Wertschöpfung, für die soziale Entwicklung in ihrer Gemeinde.

Sie helfen älteren oder kranken Menschen oder Menschen, die zu uns geflüchtet sind oder machen Kulturarbeit. Sie sorgen dafür, dass die ländlichen Räume wieder attraktiver werden oder vernetzen die Engagierten untereinander. Kurzum: Sie

machen ihre jeweilige Heimat zu einem guten Ort. Zu einem guten Ort für alle, die hier leben und dauerhaft leben wollen.

Es gibt ein großes Potenzial in Sachsen; es gibt viele Ideen und eine große Bereitschaft, den Umbau unserer Gesellschaft hin zu Nachhaltigkeit voranzutreiben. Lassen Sie uns dieses Potenzial mehr noch als bisher aufgreifen und fördern.

Wenn wir das schaffen, wenn wir die sozialen, ökologischen und ökonomischen Zukunftsfragen in dieser Gesellschaft und auf allen staatlichen Ebenen kooperativ angehen, verbessern wir Chancen und sichern Freiheiten – heute und für die Zukunft.

Vielen Dank!